

## **Bulletin September 2019**

### **Entwurf des Grußworts des Vorsitzenden**

Sehr geehrtes Mitglied,

ich freue mich, Ihnen das dritte Bulletin des Jahres 2019 vorstellen zu dürfen. In dieser Ausgabe geben ehemalige MdEP ihre Einschätzungen zu den Auswirkungen des Ergebnisses der Wahl zum Europäischen Parlament auf das institutionelle Gefüge und die politische Dynamik in der EU ab.

Der VEM hat für seine Mitglieder für den Herbst ein hochinteressantes Programm zusammengestellt. Vom 29. September bis 4. Oktober wird eine Delegation von 25 Mitgliedern des VEM eine Studienreise nach Georgien unternehmen. Im Einklang mit den Bemühungen der Europäischen Union um engere Beziehungen mit der Kaukasusregion wird die Delegation Beamte des Parlaments und der Regierung treffen, um über die Beziehungen zwischen der EU und Georgien zu sprechen. Sie werden Südossetien und die umstrittene Grenzregion besuchen und mit Vertretern der örtlichen Behörden sowie von Denkfabriken und Nichtregierungsorganisationen die aktuelle Lage, die demokratischen Werte und das Thema Rechte erörtern.

Vom 3. bis 5. November werden wir im Rahmen des finnischen Vorsitzes im Rat der EU nach Finnland reisen. Das Programm umfasst interessante Treffen mit Vertretern des Parlaments und der Ministerien sowie mit hochrangigen Politikexperten und Studierenden, bei denen die Prioritäten des finnischen Ratsvorsitzes – Wettbewerbsfähigkeit und Inklusion, Klimaschutzmaßnahmen der EU und die Sicherheit der EU-Bürger – besprochen werden sollen.

Im Dezember werden in enger Zusammenarbeit mit dem Haus der Europäischen Geschichte unsere jährlichen Veranstaltungen ausgerichtet. Wir planen zwei Tage intensiver politischer Debatten und Diskussionen und hoffen, viele neue Mitglieder kennenzulernen. Dank der Bemühungen im Rahmen der Kampagne zur Mitgliederwerbung 2019 sind unserem Verein mehr als 200 neue Mitglieder beigetreten. Wir würden uns freuen, wenn unsere Mitglieder ihre ehemaligen Kollegen einladen, dem Verein ebenfalls beizutreten.

In dieser Ausgabe stehen die Wettbewerbsfähigkeit und das Wohlergehen in der Europäischen Union im Mittelpunkt. Der Druck auf Europa, auf dem globalen Markt erfolgreich und wettbewerbsfähig zu sein, war noch nie so hoch wie heute. Wie können wir ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen der Leistung am Arbeitsplatz und dem körperlichen und mentalen Wohlbefinden erzielen? Wir haben unsere Kollegen und Experten auf diesem Gebiet um Beiträge ersucht, damit sie ihr Wissen und ihre Überlegungen zu diesem komplexen Thema mit uns teilen.

Diese Ausgabe enthält außerdem Berichte über die Tätigkeiten des VEM. Das Programm „EP to Campus“ ist seit jeher ein großer Erfolg, wenn es darum geht, Kontakte zwischen ehemaligen Parlamentsmitgliedern einerseits und der akademischen Welt und Studierenden aus ganz Europa andererseits zu knüpfen. Im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament sind Mitglieder unseres Vereins nach

Italien, in die Türkei und nach Rumänien gereist, wo sie Vorträge hielten, an Podiumsdiskussionen teilnahmen und sich unentwegt dafür einsetzten, Studierende über die Rolle des Europäischen Parlaments in der EU zu informieren und aufzuklären.

Unsere Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten und anderen Vereinen ehemaliger Mitglieder wurde ebenfalls fortgesetzt. Im Rahmen des rumänischen Ratsvorsitzes absolvierte unsere Delegation eine erfolgreiche Reise nach Bukarest. In dieser Ausgabe finden Sie ausführliche Berichte über die Bemühungen und Diskussionen, die von den Mitgliedern der Delegation verfasst wurden. Unser Dank gilt allen Kollegen, die an diesen Reisen und Veranstaltungen teilgenommen haben, und wir sehen nun der Ende September stattfindenden Studienreise nach Georgien entgegen.

Des Weiteren gibt es einen Beitrag über das stetig wachsende Netz der ehemaligen Mitglieder. Vertreter des VEM nahmen an den jährlich vom kanadischen Verein ehemaliger Parlamentsmitglieder organisierten Veranstaltungen teil, und in Lund fand ein Treffen der europäischen Plattform ehemaliger Parlamentsmitglieder statt, das vom schwedischen Verein der ehemaligen Parlamentsmitglieder ausgerichtet wurde.

Abschließend möchte ich all jenen danken, die zu dieser Ausgabe beigetragen und ihre Einblicke und Meinungen mit uns geteilt haben. Ich hoffe, bei unseren Veranstaltungen im Dezember möglichst viele von Ihnen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Gert Pöttering  
Vorsitzender des VEM

## **EUROPÄISCHES PARLAMENT: EIN NEUANFANG?**

Steht das Europäische Parlament vierzig Jahre nach den ersten Direktwahlen nun vor einem Neuanfang?

Die Frage kann aus zwei bestimmten Gründen bejaht werden.

Einerseits, weil die auslaufende Legislaturperiode zwischen Krisen, Hilfsmaßnahmen und Selbstanalysen einen Wandel der Rolle der Institution in Bewegung gebracht hat, der sich nur schwer ignorieren und nicht fortsetzen lässt.

Andererseits, weil sich die politischen Spannungen, die sich in einem unendlich langen Wahlkampf über erstmals zerreißen „europäische“ Themen, die nationale öffentliche Räume miteinander verbunden haben, aufgebaut haben, zwingend im neuen Parlament entladen müssen. Gerade diese Mischung aus einer sich verschärfenden Gegenwart und einer dennoch bedeutsamen jüngeren Vergangenheit könnte einen Innovationsprozess in Gang setzen. Ein Prozess, der allenfalls „mit unveränderter Verfassung“ zu vollziehen ist: nach genau dem Modell, das in der

auslaufenden Legislaturperiode durch die Entschlüsse des Parlaments vom 16. Februar 2017 vorgeschlagen wurde.

Der erste Punkt besteht aus der Entstehung einer Opposition. Nach dem Brexit und seiner katastrophalen Lehre sollte sich eine Opposition durchsetzen, die zwei Ebenen umfasst:

- die Ebene der Verfassung: zur Erreichung des nach Artikel 48 Absatz 2 EU-Vertrag festgelegten Ziels, nämlich der „Verringerung der der Union in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten“;
- die Ebene der Politik: zur Anfechtung der Regierungspolitik, die von der parlamentarischen Mehrheit unterstützt wird.

Die „Entstehung“ einer Opposition würde demnach ein Parlament bedeuten, das verschiedenartig und in der öffentlichen Demokratie besser sichtbar ist.

Der zweite Punkt dieses innovativen Prozesses, der in vielerlei Hinsicht mit dem ersten verbunden ist, sollte die wirksame Beteiligung der nationalen Parlamente betreffen, d. h. die vollständige Umsetzung von Artikel 12 EU-Vertrag, der ihren aktiven Beitrag zur Funktionsweise der Union vorsieht.

Diese Entwicklung könnte durch eine umfassende interparlamentarische Zusammenarbeit erfolgen, wodurch ein System interparlamentarischer „Konferenzen“ nach Themenbereichen mit Phasen und Intervallen, die die Arbeitsweise und Zusammensetzungen des EU-Rates widerspiegeln, geschaffen werden kann. Das „Konferenzen-Modell“ ähnelt im Übrigen dem „Konvent-Modell“ (Artikel 48 EU-Vertrag).

Der dritte Punkt zur Durchführung dieses Prozesses könnte auf das Haushaltsverfahren abzielen, wenn der Haushalt überhaupt ein Thema in der Eurozone sein sollte. Ob es sich nun um einen selbstständigen Haushalt handelt, wie es zunächst die vorherrschende Meinung zu sein schien, oder um einen spezifischen Teil des allgemeinen Haushalts der Union, wären die verordnungsbezogenen Änderungen im Haushaltsverfahren, das die „Mutter“ aller parlamentarischer Verfahren darstellt, von grundlegender Bedeutung.

Der vierte Punkt betrifft die Fähigkeit des EP, die konstitutionelle Dimension innerhalb der Union zu schützen.

Die jüngsten Verfahren gegen Ungarn und Polen haben den Eindruck vermittelt, dass das Europäische Parlament eine Funktion zur Überwachung der Verfassungsmäßigkeit der Werte der Union (Artikel 2 EU-Vertrag) übernommen hat, was jene Kontrolle über die Beitrittsanforderungen für neue Mitgliedstaaten, die dem Parlament durch Artikel 49 EU-Vertrag übertragen wurde, nahezu widerspiegelt.

Der fünfte Punkt bezieht sich schließlich auf die Fähigkeit des Parlaments, eine soziale Dimension der Union zu schaffen.

Die echten diesbezüglich umfassend spürbaren Brüche deuten darauf hin, dass diese Frage nicht mehr nur die Politik, sondern auch die funktionale Struktur des EP als „Maschinerie“ betrifft, die in der Lage sein muss, die Integration von Markt und Gesellschaft zu fördern.

Angesichts der Schwierigkeit der einzelstaatlichen Regierungen, Sozial- und Investitionspolitik umzusetzen, liegt es am Parlament, Kompromisse zu erreichen, um den zwischenstaatlichen Ansatz, der sich bislang als schwerfällig und lähmend erwiesen hat, zu überwinden.

Kurzum ein „neues“ Parlament als Pfeiler, auf dem die gesamte institutionelle Situation der Union wieder aufgenommen werden kann.

**Andrea Manzella**

## **EIN NEUES FÜHRUNGSTEAM**

Es kann gut oder auch weniger gut sein, dass zumeist alle Spitzenposten in der Europäischen Union zur gleichen Zeit neu vergeben werden.

Nur wenig Leute, die ich kenne, hätten erwartet, dass Ursula von der Leyen die Kandidatin für das Amt des neuen Kommissionspräsidenten wird; mein eigenes Bauchgefühl sagte mir immer, dass Michel Barnier dieses Amt übernehmen würde. Selbstverständlich sind viele im Europäischen Parlament verstimmt und verärgert, zumal der von ihnen festgelegte Grundsatz der Spitzenkandidaten weitgehend auf Akzeptanz stieß. Beim letzten (und – was wir uns vor Augen halten sollten – zugleich ersten Mal) war Jean-Claude Juncker mit seiner vielfältigen Erfahrung in Europa und seinen zahlreichen unterschiedlichen politischen Ämtern dieser Aufgabe ohne Weiteres gewachsen, was sich jedoch nicht von Manfred Weber sagen lässt, der als eher schwacher Kandidat angesehen wurde, nur Parlamentserfahrung vorweisen konnte und – auch das muss gesagt werden – dessen Einfluss bei anderen Fraktionen im Parlament nicht sehr weitreichend war. Seine Einstellung gegenüber dem Pensionsfonds des EP, dem beinahe Tausend Mitglieder angehören, lässt sich bestenfalls mit „prononcierter Gleichgültigkeit“ umschreiben.

Das verbleibende Team ist in europäischen Angelegenheiten sehr bewandert. Niemand könnte bestreiten, dass sich Charles Michel, der fünf Jahre als belgischer Ministerpräsident überstand und im Europäischen Rat trotz seines noch recht jungen Alters als „alter Hase“ gilt, für das Amt des Ratspräsidenten offensichtlich sehr gut eignet. Was die Besetzung in der Außenpolitik betrifft, ist Josep Borrell als ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und früherer spanischer Außenminister ebenfalls bestens qualifiziert.

Und schließlich wird Christine Lagarde als vormalige sehr erfolgreiche französische Ministerin mit ihrer achtjährigen Erfahrung beim IWF zweifelsohne eine außerordentlich gute Kandidatin für die Europäische Zentralbank abgeben.

Die große Überraschung ist freilich, dass es keinen einzigen Kandidaten aus den für viele von uns immer noch „neuen“ Mitgliedstaaten gibt. Allerdings kommt das in mancher Hinsicht so überraschend nicht: Nicht nur, dass gegen eine Vielzahl dieser Mitgliedstaaten Untersuchungen laufen, die von mehreren Stellen in der Kommission angestrengt wurden, sondern es verhält sich aus so, dass der einzige jemals erfolgreiche Kandidat aus diesen Ländern, Donald Tusk, von seiner eigenen

Regierung fallen gelassen wurde, die sich dafür einsetzte, ihn aus seinem jetzigen Amt hinauszudrängen. Insgesamt haben unsere Freunde aus den ehemals kommunistischen Ländern ein bemerkenswertes Unvermögen an den Tag gelegt, sich geschlossen hinter ihre jeweiligen Kandidaten zu stellen.

So haben wir nun ein im Wesentlichen zuverlässiges Team, alle Teammitglieder glauben an die grundlegenden europäischen Werte, keiner von ihnen wird sich mit Unfug abfinden, ob er nun aus Großbritannien oder anderswo herrührt; doch sind sie klug genug, um einer Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Sie werden in einer Mischung aus Verhandlungen und Zusammenarbeit ihren eigenen Weg finden.

Wenn wir dieser Melange noch David Maria Sassoli, sozialistischer MdEP aus Italien und neuer Präsident des Europäischen Parlaments, hinzufügen, haben wir in der Tat ein sehr eindrucksvolles Team. Hoffen wir, dass es ihnen gelingt, den aufkommenden Populismus zurückzudrängen und die europäischen Ideale zu fördern, wofür die Gemeinschaft zuallererst gegründet worden war.

***Richard Balfe***

## **ÜBERLEGUNGEN ZU EINEM STABILEN EUROPA**

Bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament haben die euroskeptischen und populistischen Parteien deutlich an Boden gewonnen. Auch wenn offenbar weiterhin eine große Mehrheit der Wähler der Europäischen Union positiv gegenübersteht, ist das Ausmaß der Skepsis so groß, dass diese Minderheit nicht ignoriert werden kann. Unter den verschiedenen Aspekten, die ein Gefühl des Unbehagens hervorrufen, ist die Stellung des Nationalstaats einer der wichtigsten. Wie die Geschichte lehrt, stellt Nationalismus zweifellos eine große Gefahr dar. Das Verabsolutieren der nationalen Eigenarten birgt das Risiko von Gewalt. Wer den Nationalismus bekämpft, muss jedoch anerkennen, dass die Vielfalt der Sprachen, der Geschichte und der Traditionen der Mitgliedstaaten im positiven Sinne ihre Daseinsberechtigung hat. Die EU sollte kein Superstaat im Entstehen sein, sondern eine Organisation, die nur in Bereichen stellvertretend tätig wird, in denen die Mitgliedstaaten die Probleme nicht allein lösen können, wie Klimawandel, Migration, Terrorismus und Sicherheit. Die Mitgliedstaaten können auf diese gemeinsamen Maßnahmen und die Solidarität, die die EU bietet, nicht verzichten. Aber der Nationalstaat bietet den Bürgern immer noch die stärkste Gemeinschaft. Inmitten der weltweiten Herausforderungen der Globalisierung wird der Nationalstaat zunehmend als Symbol der Gemeinschaft, als Vaterland der Geborgenheit gesehen. Veränderungen vonseiten der EU, die diese Gefühle angreifen, werden schnell als aufgezwungener Prozess wahrgenommen, wodurch Widerstand entsteht.

Das Bestehen einer europäischen Identität ist für die Stabilität der EU nicht weniger wichtig. Die fortschreitende Integration ging nicht mit einem zunehmenden Gefühl moralischer Verpflichtung einher. Dadurch hat es zwar erhebliche wirtschaftliche Fortschritte gegeben, als Nebenprodukt aber auch viel Unmut. Es ist eine Gesellschaft entstanden, in der jeder seine eigenen Interessen verfolgt, eine Gesellschaft, der

keine Moral zugrunde liegt, in der Gemeinschaftssinn und gemeinsame Werte fehlen. Kommissionspräsident Jacques Delors erklärte einst, dass Europa eine Seele benötige. Und der ehemalige Präsident der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, erklärte einmal, dass sich sein Verstand von der EU durchaus angesprochen fühle, sein Herz davon aber mangels eines europäischen Ethos nicht berührt werde. Die christdemokratischen Gründerväter hatten die Vision eines Europas des Friedens und der Gerechtigkeit, Grundlagen der christlichen Zivilisation. Von dieser Vision ist nur noch wenig übrig. Jetzt dominiert die liberale humanistische Vision, in der Gott nicht benötigt wird. In den westlichen Ländern vollzieht sich ein Prozess der Säkularisierung, bei dem den althergebrachten christlichen Werten der Rücken gekehrt wird und der soziale Zusammenhalt der klassischen Institutionen zugunsten der individuellen Freiheit verloren gegangen ist. Freilich hat es eine beispiellose Verbesserung der Lebensbedingungen der meisten Bürger gegeben. In den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnraum und Wohlstand war das Niveau noch nie so hoch wie heute. Gleichzeitig nehmen jedoch die sozialen Unterschiede zu, und soziale Unzufriedenheit äußert sich zunehmend durch Verbrechen, Drogen, Terrorismus und Antisemitismus. Wir dürfen daher nicht vergessen, dass die Mitgliedstaaten trotz der zwischen ihnen bestehenden kulturellen Unterschiede eine gemeinsame Zivilisation haben, die in wesentlichem Maße von der Geschichte des Christentums bestimmt wird. Dieses hat auch heute noch positive Bedeutung. Seinerzeit hat es sicher nicht zu einer Gesellschaft ohne soziale Mängel geführt, mit dem universellen Gesetz der zehn Gebote gab es aber eine externe Autorität als Referenz für Gut und Böse vor und gab der Gesellschaft somit ein Gewissen. Einer Gesellschaft, in der man sich umeinander kümmert, mit einem ethischen Code, der dem Leben einen Sinn gab. Es stellt sich die Frage, ob die Union ohne diese gemeinsame Vision für die Menschen und die Gesellschaft gedeihen kann.

***Leen van der Waal***

## **WESHALB DER BREXIT DIE EU STÄRKT**

Ich gehöre zu den Personen, die den Beschluss des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, sehr bedauern. Die Union wird die dem Land zufallende Rolle in Zukunft vermissen. Gleichzeitig bin ich davon überzeugt, dass sich der mühsame Prozess des Brexits auf die Einheit der EU wohltuend auswirkt. Die EU-Organe und die Mitgliedstaaten sind bei den Verhandlungen unter Leitung von Michel Barnier entschlossen und geschlossen aufgetreten. Eine solche Einigkeit konnten wir seit Langem nicht mehr beobachten. Es gibt sogar einen noch viel wichtigeren Beleg für diese Geschlossenheit – der Ausgang der Wahl zum Europäischen Parlament. Dort hatten die Bürger das Sagen, denen zwei Dinge wichtig waren. Zum einen stellte die beispiellos hohe Wahlbeteiligung eine Antwort auf den Brexit und den Aufstieg nationalistischer Parteien dar. Die Menschen in Europa zeigten Flagge, um die EU zu verteidigen und zu verhindern, dass sie in die Hände von Nationalisten fällt. Zum anderen machten die Wähler deutlich, dass sie sich einen ernsthaften Wandel in der Union wünschen. Sie unterstützten proeuropäische Parteien und Kandidaten in Scharen, bereiteten allerdings dem Status quo ein Ende, der es der PPE und der S&D ermöglichte, große Koalitionen einzugehen. Auf Kosten dieses Status quo

unterstützten die europäischen Bürger die Liberalen und Grünen, wodurch sie in das Europäische Parlament eine neuartige Dynamik und neue Ideen einbrachten. Diese zweite Botschaft ist sehr wichtig – falls sie von den Parteien nicht verinnerlicht wird, werden die Wähler beim nächsten Mal Akteure unterstützen, die sich gegen das System wenden.

Im Grunde genommen ist der Eindruck der Geschlossenheit nach dem Brexit nicht dem Zufall geschuldet. Auf lange Sicht stellt die EU einen herausragenden Erfolg dar. Zu ihren Errungenschaften gehören die längste Friedensperiode aller Zeiten in Europa, der Aufbau einer der stärksten Volkswirtschaften weltweit, die Schaffung einer Gesellschaft, die bei den Sozial- und Umweltstandards weltweit führend ist, die Wiedervereinigung der europäischen Länder nach der tiefen Spaltung in den Jahren des Kalten Krieges und die Festlegung der höchsten Standards beim Schutz der bürgerlichen Rechte und Freiheiten.

Die Argumente derjenigen, die sich eine Stärkung der einzelstaatlichen Befugnisse zulasten der europaweiten wünschen, halten noch nicht einmal einer grundlegenden logischen Überprüfung stand. Die EU ist bereits eine Union aus Nationalstaaten, in der das Subsidiaritätsprinzip strikt eingehalten wird. Kann es eine stärkere Macht für jedes Land geben, als über ein Vetorecht bei zahlreichen Themen zu verfügen? Die Beschlussfassungsmechanismen haben sich seit der Gründung der Union in der Tat vergleichsweise wenig geändert. Bloß konnten in einer aus sechs Mitgliedstaaten bestehenden Union Beschlüsse viel leichter gefasst werden. Bei 28 Mitgliedstaaten sind mehr Verhandlungen, mehr Zeit und mehr Kompromisse notwendig, bis ein einheitlicher Standpunkt erzielt wird, mit dem alle leben können. Zugleich bemängeln EU-Kritiker, dass diese schwerfällig, bürokratisch und zu wenig entscheidungsfreudig sei. Tatsächlich können Beschlüsse in einem Nationalstaat schneller gefasst werden. Allerdings ist diese scheinbare Schwerfälligkeit und Kompromissbereitschaft eben dem Umstand geschuldet, dass die Nationalstaaten bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen eigenständig sind und ihre Befugnisse wahrnehmen. Doch welche Probleme genau könnten auf nationaler Ebene wirksamer angegangen werden? Die Migrationskrise? Die Finanzkrise? Die Schaffung einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft? Eine führende Rolle in der wissenschaftlichen Forschung? Mehr Freiheiten und Chancen für die Bürger? Die Geschichte zeigt, dass die in der EU entstehenden Synergien viel größeren Mehrwert entfalten, als dies bei nationalen Entscheidungen der Fall ist.

Wir müssen einsehen, dass die EU ein starker und anpassungsfähiger Organismus ist, der jedoch von Problemen nicht verschont bleibt. Es ist offensichtlich, dass die Bürger mehr Effizienz, mehr Transparenz und eine Beschlussfassung näher an den Wählern erwarten. Die erforderlichen Veränderungen im Euro-Währungsgebiet machen eine Stärkung der supranationalen Befugnisse unumgänglich. Allerdings konnte die EU schon größere Herausforderungen meistern. Als Optimist hoffe ich, dass es nicht lange dauert, bis Großbritannien – durch die Überzeugung seiner Bürger und ohne besondere Ausnahmen, Rabatte und anderweitige Sonderregelungen – als vollwertiger und geschätzter Partner in die Union zurückkehrt.

***Ivailo Kalfin***

## SVEXIT ODER EINE ROT-GRÜNE EU?

Die Europawahl war für die Europäischen Grünen ein großer Erfolg. In Schweden gab es einen leichten Rückgang im Vergleich zur Europawahl von 2014, aber einen großen Aufschwung im Vergleich zur Reichstagswahl von 2018.

Die schwedische Meinung hat sich von einer der am stärksten EU-kritischen zu einer der am stärksten EU-befürwortenden gewandelt. Warum dieser Wandel? Warum setzt man nicht stattdessen auf einen Svexit (EU-Austritt), wenn sich in der EU nach dem Brexit krisenhafte Tendenzen abzeichnen?

Würde die EU von Le Pen, Salvini, Orbán, Åkesson & Co übernommen, würde die Mehrheit der Demokraten die Fortsetzung der Mitgliedschaft natürlich ernsthaft in Frage stellen. Aber so weit sind wir noch nicht. Die rot-grünen Kräfte haben also guten Grund, sich mit voller Kraft am Kampf um die Zukunft der EU zu beteiligen. Das bedeutet nicht, dass man als Grüner die EU für perfekt hält. Nach den Europawahlen sagte ein grüner Politiker gegenüber Le Monde: „Die Grünen stehen den EU-Organen und ihrer Funktionsweise kritisch gegenüber und sind doch gleichzeitig glühende Europäer.“ (28. Mai)

Eine Argumentation für eine konstruktive Strategie lieferte der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis („Vers un Printemps électoral“, Le Monde Diplomatique, März 2019), der behauptete, dass auch bereits ohne eine Änderung der Grundlagen der EU viel stärker eine rot-grüne Richtung eingeschlagen werden könne. Unter anderem könne die Europäische Zentralbank Anleihen auflegen, um die zwei Billionen Euro zu mobilisieren, die in den Jahren 2019–2023 in grüne Technologien investiert werden müssten.

Aber würde eine solche Politik nicht zu einem ungeheuren Anwachsen der zentralen Machposition der EU führen? Ja, aber nicht, um die EU zu einer militärischen Supermacht zu machen, sondern um die EU zu einer rot-grünen Großmacht zu machen. Das jedoch erfordert neue Anstrengungen.

Die Professorin für Steuerrecht Åsa Gunnarsson aus Umeå hat eine gemeinsame Kapitalbesteuerung innerhalb der EU vorgeschlagen, um einen „Wettbewerb nach unten“ zu verhindern. In der rot-grünen Wochenzeitung ETC lehnt das liberale Mitglied des Europäischen Parlaments Cecilia Wikström jedoch eine harmonisierte Kapitalsteuer ab, gerade weil „ein Wettlauf nach unten um die niedrigsten Kapitalsteuern heilsam für unsere europäischen Unternehmen wäre“ – ein Standpunkt, wie er von einer Liberalen zu erwarten ist. Etwas überraschend ist jedoch, dass die Linkspartei-Politikerin Malin Björk denselben Standpunkt vertritt, „da sonst die Gefahr besteht, dass Macht von den nationalen Parlamenten zu den Brüsseler Bürokraten verlagert wird.“ (ETC 25/2–19). In Wirklichkeit haben die nationalen Parlamente doch aber keine reelle Macht in einem Bereich, der durch Marktkräfte und Finanzkapital gelenkt wird.

Eine ähnliche Problematik betrifft die so genannte soziale Säule, die auf einem Sozialgipfel in Göteborg im November 2017 ins Leben gerufen wurde. Die rot-grünen Kräfte stützen diese Säule, aber nur in Form von Empfehlungen, nicht von Rechtsvorschriften, da dies dem berühmten „schwedischen Modell“ widersprechen



würde, das auf Verträgen und nicht auf Gesetzen beruht. Aber wenn man Sozialdumping verhindern will, reichen Empfehlungen nicht aus, da braucht man verbindliche Vorschriften.

Die EU wurde nicht mit roten oder grünen Zielen gegründet. Daher war es in den 1970er und 80er-Jahren richtig, wenn die rote und die grüne Bewegung eine rot-grüne Alternative propagierte, vielleicht mit der EFTA oder dem Europarat als Ausgangspunkt. Aber Schweden entschied sich 1994 per Referendum für die EU. Als sich herausstellte, dass die „freigegebenen“ mittel- und osteuropäischen Länder nicht an Alternativen interessiert waren, sondern der EU beitreten wollten, die sich dadurch 2004 auf 25 Mitgliedstaaten (und seitdem auf 28) vergrößerte, und dass heute alle europäischen Nichtmitglieder außer Norwegen und der Schweiz in der Warteschlange für eine Mitgliedschaft stehen, wurde klar, dass es keine Alternative zur EU gibt. Nach dem Brexit wird es KEINEN Svexit geben. Im Gegenteil ist es eine rot-grüne Hauptaufgabe, die EU als Instrument für den „grünen Wandel“ zu nutzen.

***Per Gahrton***

### ***„PESTIZIDE: UMWELT UND ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT WIRKLICH DAVOR SCHÜTZEN!“***

Der Sonderausschuss für das Genehmigungsverfahren der EU für Pestizide hat am Mittwoch, 16. Januar 2019, seinen Abschlussbericht angenommen.

Dieser Ausschuss wurde nach dem in den Vereinigten Staaten ausgelösten Skandal um die Monsanto-Papiere eingerichtet.

Sein Mandat bestand darin, „die Schwächen des europäischen Systems für die Bewertung von Pestiziden“ festzustellen und aufzudecken.

Zu den Fehlfunktionen gehören: Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat in seinen Bericht über Glyphosat Hunderte von Seiten umfassende Studien aus Unterlagen einfließen lassen, die von Vertretern der Industrie, darunter von Monsanto, angefertigt wurden.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ihrerseits war bei ihren Antworten auf die im Rahmen des Sonderausschusses gestellten Fragen der Auffassung, dass es sich dabei nicht um ein Plagiat handele.

Trotzdem ist die Feststellung, dass das Vertrauen der Bürger in die EFSA schwindet, besorgniserregend, aber angesichts der Enthüllungen vieler Beobachter, Analysten und nichtstaatlichen Organisationen über eine Reihe von Wissenschaftlern der EFSA, die sich in einem Interessenkonflikt mit Industrieunternehmen befinden könnten, durchaus verständlich.

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) wiederum verwarf mehrere Studien, aus denen hervorging, dass bestimmte Krebsarten bei Labortieren, die Glyphosat

ausgesetzt waren, vermehrt auftraten, da ihrer Auffassung nach dafür keine hinreichenden Belege vorlagen.

Allerdings hat das Internationale Krebsforschungszentrum (IARC) sieben Studien anerkannt, die auf ein vermehrtes Auftreten bestimmter Krebsarten bei Tieren aufmerksam machten.

Während der neunmonatigen Arbeitszeit dieses Sonderausschusses wurde auch die Rolle bestimmter Interessengruppen erörtert, die die Entscheidungsfindung dahingehend zu beeinflussen versuchten, dass das Ziel des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und der Lebensmittelsicherheit zugunsten der Verfechtung privater Interessen zurückgesteckt werden soll.

Was den Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen betrifft, habe ich einen Änderungsantrag eingereicht und die Kommission dabei aufgefordert, „spezifische Maßnahmen für den konkreten Schutz gefährdeter Personengruppen in die Verordnung [von 2009] aufzunehmen, damit die großflächige Verwendung von Pestiziden in der Nähe von Wohnungen, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Spielplätzen, Krankenhäusern, Geburtskliniken und Pflegeheimen unverzüglich und ausnahmslos eingestellt wird“.

Es ist zu begrüßen, dass dieser Änderungsantrag von einer sehr großen Mehrheit (563 Mitglieder stimmten dafür) angenommen worden war, sodass ein starkes Signal an die Kommission gesendet werden konnte. Im Anschluss erklärte das Mitglied der Kommission, Vytenis Andriukaitis, in der Plenarsitzung, dass er den im angenommenen Schlussbericht enthaltenen Empfehlungen Rechnung tragen werde.

Jenseits des Zulassungsverfahrens für Pestizide an sich, muss auch das Landwirtschaftsmodell der Europäischen Union in struktureller Hinsicht Reformen unterzogen werden, indem die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik selbst neu definiert werden, sodass das Hauptziel nicht länger in einer allgemeinen und unbegrenzten Steigerung der Produktivität besteht.

Wir dürfen uns nicht mit einem kurzfristigen Modell zufriedengeben, in dessen Rahmen der Einsatz chemischer Stoffe begünstigt wird, um die Produktion vorübergehend zu steigern, während die Umwelt zerstört wird und immer mehr Krebsfälle in der Bevölkerung auftreten.

In naher Zukunft werden wir ein Ziel für die Qualität der Produktion, den Umweltschutz und insbesondere die Gesundheit von Mensch und Tier hinzufügen müssen.

In Verbindung mit einer gut durchdachten Landwirtschaft kann mit neuen Agrartechniken bemerkenswerte Ergebnisse erzielt werden, insbesondere durch Verfahren der Robotisierung zur Unterstützung der Betreiber.

Eine Vielzahl an zukunftsgerichteten Lösungen muss erforscht und gefördert werden, in deren Rahmen Landwirtschaft und Fortschritt Hand in Hand gehen und die unter Beachtung von Umweltschutzbelangen im Dienste des Menschen stehen.

***Mireille d'Ornano***

## **SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**

Vor kurzem erklärte Wladimir Putin in einem Interview, dass die liberale Theorie neuen „souveränistischen“ und populistischen Strömungen weichen müsse, weil die Völker ihre eigene Identität wiedererlangen müssten.

Es gibt zwei Möglichkeiten, so eine Theorie zu formulieren. Die erste besteht darin, sich den evolutionären Weg des kulturellen Prozesses der Völker vorzustellen; die zweite besteht darin, einen politischen Weg einzuschlagen, und erst im Anschluss daran die theoretische Grundlage dafür zu schaffen und damit die eigenen Entscheidungen und die der herrschenden Klasse in idealer Weise bzw. ideologisch zu begründen. Putin gehört zu der zweiten Kategorie.

Ich glaube nicht, dass Smiths Liberalismus mit seiner Weiterentwicklung durch Keynes, Galbraith und zeitgenössische Wirtschaftstheoretiker ausgedient hat, wie Putin meint. Vielmehr denke ich, dass die Globalisierung, wie sie mit der Einrichtung der WTO vollzogen wurde, nämlich ohne Marktregeln zur Vermeidung von Profitmaximierung und maximalem Kostendruck (insbesondere bei den Arbeitskosten) weder im Staat noch in einem Handelsraum, geschweige denn in zwischenstaatlichen Beziehungen funktioniert hat, wie es gegenwärtig durch die Wiedereinführung von Zöllen, einem Relikt aus der Zeit vor 200 Jahren, nur allzu deutlich wird.

Die Globalisierung erfordert Regeln, mit denen man den Handel zwischen den Makro-Räumen fördern, den freien Wettbewerb garantieren aber auch unverrückbare Marktanteile festlegen kann, und zwar anders, als es heute der Fall ist, wo fünf oder sechs Makroindustrien in der Lage sind, den Welthandel unter sich aufzuteilen. Russland ist nicht immun gegen die Geißel der Oligarchien, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden sind, als den Glücksrittern freie Hand gelassen wurde, nach Herzenslust den heimischen Markt – auch mit illegalen Mitteln – zu plündern, was zur Verarmung des russischen Volkes führte, während davon nur einige wenige profitiert haben.

Wenn wir sehen, dass sich immer mehr Reichtum in den Händen von einigen wenigen konzentriert und dass ein Prozent der Weltbevölkerung 47,2 Prozent des gesamten Reichtums der Welt besitzt (Oxfam-Bericht 2109), dann müssen Regeln zur Korrektur bestehender Dysfunktionen und Asymmetrien eingeführt werden, ohne dadurch einen widernatürlichen und nicht praktikablen Egalitarismus im Sinn zu haben, geschweige denn eine „souveränistische“ Politik, die mit der in allen Bereichen nicht aufzuhaltenden Globalisierung unvereinbar ist und stattdessen eine undurchführbare Autarkie propagiert.

Seit den 1950er Jahren setzen Großkonzerne bei ihrer Unternehmensphilosophie auf ein sogenanntes „Total Quality Management“ (TQM), und ich verstehe nicht, warum die Staaten und vor allem die weltumspannenden Organisationen – die Vereinten Nationen, G7, G20, EU, NAFTA, ASEAN, Afrikanische Union, Mercosur, ECOWAS – kein von allen Ländern zu unterzeichnendes Protokoll in Erwägung ziehen, in dem dieser Grundsatz öffentlich festgelegt und allgemeine Bezugsparameter angegeben werden, die dabei zu beachten sind, wie die Folgenden:

- die Mindestschwelle für das Gemeinwohl, die sich aus zivilen, städtischen sowie Gesundheit, Kultur und Beruf betreffende Dienstleistungen zusammensetzt,
- Garantien in Bezug auf Wohnqualität, Umweltschutz, Förderung und Verwertung von Spitzenleistungen und Wahrung der kulturellen Identität,
- eine Qualitätskontrolle von Konsumgütern, sowohl von Lebensmitteln als auch von anderen Produkten, gemäß Qualitätsstandards, wie sie zum Beispiel von der EU festgelegt wurden,
- eine Reduzierung der strukturellen Verschuldung auf einen angemessenen Prozentsatz, wodurch eine Tilgung über zehn Jahre und eine funktionale Verschuldung ermöglicht werden, die in einem definierten kurzen Zeitraum abgebaut wird.

Dies sind einige der Dinge, die getan werden sollten, ohne dass dadurch der finanzielle Aspekt der Besteuerung vernachlässigt oder jemand schikanös behandelt wird, indem notwendige wachstumsfördernde Finanzspekulationen weiterhin möglich bleiben und gleichzeitig gerechtfertigte Steuern in bestimmten Bereichen erhoben werden können (nach Schätzungen von Oxfam könnte man die Lebensgrundlage für 100 Millionen Menschen schaffen und die Bildungschancen für Kinder in den kommenden zehn Jahren sicherstellen, wenn man die reichsten ein Prozent der Welt um 0,5 Prozent mehr besteuern würde).

Dadurch könnte man die „souveränistischen“ und populistischen Ideen und die politischen Machenschaften besiegen, wie sie bei herrschenden Klassen mit niedrigem kulturellen Niveau und einem wenig ausgeprägten Gemein- und Bürgersinn zu beobachten sind, und den Menschen trotz der unvermeidlicher Konjunkturzyklen eine Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung und eines stetigen Wachstums bieten.

Die italienischen und europäischen Volksparteien prägten dafür ursprünglich den Begriff „soziale Marktwirtschaft“; bis er durch den Begriff „Total Quality Management“ abgelöst wurde. Wir sollten diesen Weg weiterverfolgen und dabei die Sozialistische Internationale sowie die Liberalen und die Umweltbewegung mit ins Boot holen. Mit einem „Public Total Quality Management“ (das heißt einem umfassenden Qualitätsmanagement für den öffentlichen Sektor) würden wir eine ethische Grundlage für die Politik schaffen, die wir eigentlich verfolgen wollen, und die großen Ungerechtigkeiten beseitigen, deren Zeugen wir derzeit sind.

***Vitaliano Gemelli***

## **FOCUS**

### **EINE SÄULE DER SÄULE**

Die Europäische Kommission hat mit der überwältigenden Unterstützung des scheidenden Europäischen Parlaments die kluge Entscheidung getroffen, der europäischen sozialen Dimension einen neuen Impuls zu verleihen. Dies ist Herrn

Juncker und vor allem auch Frau Marianne Thyssen, Kommissarin für Beschäftigung und Soziales, die hervorragende Arbeit geleistet hat, sowie zahlreichen Abgeordnetenkollegen zu verdanken.

Der Wendepunkt war der Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Göteborg, auf dem 20 Punkte der europäischen Säule sozialer Rechte verkündet wurden und der politische Willen bekräftigt wurde, neue Anstrengungen und Energien zur Stärkung eines sozialen Europas zu unternehmen.

Daraufhin forderte das Parlament als Vertretung der EU-Bürger, den Worten Taten folgen zu lassen. Die Kommission reagierte mit dem Vorschlag für wirksame Richtlinien, der vom Parlament und vom Rat abgesegnet wurde.

Unter diesen Richtlinien (zur Einrichtung der Europäischen Arbeitsbehörde, zum Einklang von Familien- und Berufsleben, zum Schutz vor giftigen Stoffen am Arbeitsplatz usw.) gibt es eine, die das Ergebnis großer gemeinsamer Anstrengungen ist und für alle zunehmend an Bedeutung gewonnen hat: die Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union.

Sie ist so abgefasst, dass Rechtsstreitigkeiten über die verschiedenen in den Mitgliedstaaten kodierten Definitionen vermieden und Mindestrechte für alle EU-Bürger gewährleistet werden, die in einem wirtschaftlichen und organisatorischen Abhängigkeitsverhältnis sowie unter der Leitung einer anderen Person oder eines Unternehmens stehen. Im Zweifelsfall wird auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verwiesen, der in letzter Instanz entscheidet. Selbständige werden davon jedoch ausdrücklich ausgenommen. Es handelt sich daher um eine Richtlinie über Mindestrechte für alle EU-Bürger, die sich in einem Beschäftigungsverhältnis von durchschnittlich mindestens zwölf Stunden pro Monat befinden.

Für diese Arbeitnehmer werden mit der Richtlinie in erster Linie die grundlegenden Informationsrechte ab dem ersten Tag des Arbeitsvertrags in Bezug auf das Gehalt, die Arbeitsstätte, verlässliche gewöhnliche und außergewöhnliche Arbeitszeiten, Arbeitsbeginn, auszuführende Tätigkeiten etc. aktualisiert und gestärkt, wobei es eine Ausnahmefrist von sieben Tagen geben kann. Für weitere zwingend vorgeschriebene Informationen (wie zum Beispiel über die Sozialversicherung) gelten längere Zeitspannen, damit übermäßiger bürokratischer Aufwand für KMU vermieden wird.

Ein offensichtliches Ziel dieser Richtlinie ist der Schutz der Arbeitnehmer vor so genannten „neuen Beschäftigungsmodellen“ (digitale Plattformen, Beschäftigung bei Bedarf usw.). Dies geschieht auch im Vorgriff auf neue mögliche Modelle, die im Zuge des technologischen Wandels entstehen. Mit der Richtlinie wird Missbrauch Einhalt geboten, und der Verfügbarkeit der Arbeitnehmer wird durch eine angemessene Vorankündigung Grenzen gesetzt. Die Arbeitnehmer haben demnach das Recht, für verschiedene Unternehmen zu arbeiten, und sie werden im Falle einer zu späten Stornierung entschädigt. Auch können sie Aufgaben ablehnen, die von ihnen außerhalb der zugewiesenen Zeiträume angefordert werden, ohne Nachteile fürchten zu müssen.

Andere Rechte werden anerkannt oder gestärkt, insbesondere im Falle von Schulungen, die während der Arbeitszeit und auf Kosten des Auftragnehmers

durchgeführt werden müssen. Auch gibt es Schutzmaßnahmen in Bezug auf die Probezeit, damit mit ihr kein Missbrauch getrieben und sie nicht unzulässig verlängert werden kann.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass diese Richtlinie, mit der die Arbeitsmärkte der Mitgliedstaaten auf einen Schlag modernisiert werden, erst der Anfang ist. Damit wird ein Prozess auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt jedes einzelnen Mitgliedstaats zur Modernisierung und Anpassung an neue Vertragsbedingungen eingeleitet. All dies geschieht mit der Rückendeckung der EU-Organe, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und gleiche Ausgangsbedingungen für alle weiter vorangetrieben werden. Ein Europa der Bürger nimmt so langsam Formen an.

### ***Enrique Calvet Chambon***

über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union

## **DIE ENTSCHEIDENDE ROLLE DER EUROPÄISCHEN ARBEITSBEHÖRDE (ELA) HINSICHTLICH DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND DES WOHLBEFINDENS**

Die neue Europäische Arbeitsbehörde wird erwartungsgemäß Ende 2019 an ihrem Sitz in Bratislava den Betrieb aufnehmen. Dem Aufruf Präsident Junckers vom September 2017 folgten im März 2018 ein Vorschlag der Kommission und eine rege Tätigkeit des Europäischen Parlaments in seiner achten Wahlperiode und des Rates, was in Rekordzeit bis Mitte Februar 2019 zum Entwurf einer ELA-Verordnung führte, der vom Parlament bereits am 16. April 2019 gebilligt wurde.

Es wurde offensichtlich für dringend notwendig erachtet, der Bewegungsfreiheit der Bürger in der EU ein gleichwertiges Maß an Schutz und Förderung zukommen zu lassen wie den anderen drei Freizügigkeiten in Bezug auf den Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Daher besteht die zentrale Aufgabe der Behörde darin, die Mitgliedstaaten und die Kommission bei der wirksamen Umsetzung des EU-Rechts auf dem Gebiet der Mobilität der Arbeitnehmer und bei der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit innerhalb der Europäischen Union zu unterstützen. Zu diesem Zweck soll die ELA, a) den Zugang zu Informationen über Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Mobilität der Arbeitskräfte und den einschlägigen Dienstleistungen erleichtern, b) die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Durchsetzung des einschlägigen EU-Rechts, einschließlich der Ermöglichung konzertierter und gemeinsamer Inspektionen, erleichtern und intensivieren, und c) bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten vermitteln und sich um eine Lösung bemühen. Eine weitere Aufgabe der ELA ist die Verstärkung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und anderen Sachverhalten, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts gefährden, wozu Briefkastenfirmen und Scheinselbständigkeit gehören. Davon soll jedoch die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, nationale Maßnahmen zu beschließen, unberührt bleiben.

Insofern soll die ELA eine entscheidende Rolle dabei spielen, dass die europäische Säule der sozialen Rechte für jeden Bürger und jede Bürgerin der EU, unabhängig davon, aus welchem Mitgliedstaat sie kommen, zur Alltagsrealität wird, wobei gleichzeitig eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen auf der Grundlage einer umfassenden Sozialpartnerschaft, von Tarifverhandlungen und ökologischer Nachhaltigkeit erreicht werden soll. Die Neigung der Unternehmen, sich an kurzfristigen Zielen zu orientieren und einem Lohnwettlauf nach unten zu erliegen, führt nicht nur zu einer Verbreitung von Praktiken schwerer Ausbeutung und des Missbrauchs mobiler Arbeitskräfte, sondern untergräbt die Grundlagen für die Verbundenheit der Bürger mit der Europäischen Union sowie für ihre Bereitschaft, produktiv und effizient zu arbeiten.

Die größte Herausforderung der ELA besteht nun darin, unter Beweis zu stellen, dass sie einen entscheidenden Mehrwert für einen gut funktionierenden einheitlichen Arbeitsmarkt liefern kann, bei dem sich die Lohnniveaus allmählich angleichen und der soziale Sicherheit bietet. Der vereinbarte Rechtsrahmen enthält wichtige Bestimmungen, damit die Agentur diese Aufgaben übernehmen kann.

- Die ELA sollte nicht mit einer Vielzahl von Aufgaben überlastet werden, sondern sich auf Sozialdumping, Briefkastenfirmen, nicht angemeldete Erwerbstätigkeit, Scheinselbständigkeit und die Umsetzung sozial- und arbeitsrechtlicher Bestimmungen konzentrieren.
- Die ELA-Website dient als einheitliches Portal für den Zugang zu nationalen Informationen und Diensten in Bezug auf die Mobilität der Arbeitnehmer in der Europäischen Union.
- Jeder Mitgliedstaat entsendet einen Verbindungsbeamten zur ELA, wodurch eine direkte Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden gewährleistet wird.
- Dem Verwaltungsrat gehören auch vier Vertreter der Sozialpartner und ein unabhängiger Sachverständiger des Europäischen Parlaments an, so dass die Sozialpartner die ELA über Einzelfälle unterrichten können.

Es ist jetzt von größter Bedeutung, dass die ELA von allen drei Seiten bei der Aufnahme ihres reibungslosen Betriebs tatkräftig unterstützt wird und dadurch eine ungehinderte Mobilität der Arbeitnehmer und ein fairer Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsakteuren sichergestellt werden.

**Georgi Pirinski**

Schattenberichterstatter der S&D-Fraktion für die ELA-Verordnung  
Standpunkt GP/24.06.2019

## **EIN NEUANFANG FÜR EIN SOZIALES EUROPA?**

Die Wirtschaftskrise, die vor etwa zehn Jahren ausbrach, hat bei der arbeitenden Bevölkerung tiefe Narben hinterlassen. Die Löhne und Gehälter vieler Menschen sind weniger wert als vor einem Jahrzehnt, und Arbeit schützt nicht mehr zwangsläufig vor Armut. Die Hoffnung für die Zukunft, für die jüngeren Generationen, ist dahin.

Kürzungen bei den öffentlichen Diensten, die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die wachsende Ungleichheit und die unkontrollierte Globalisierung gehören zu den Problemen, die der Bevölkerung ihre Illusionen über die konventionelle Politik genommen und zu einem Aufschwung populistischer, antieuropäischer, nationalistischer und rechtsextremer Kräfte geführt haben.

Es gibt jedoch noch einen Funken Hoffnung: die europäische Säule sozialer Rechte, die 2017 von der Europäischen Union angenommen wurde. Sie zeigt, dass die EU eine Triebfeder für den sozialen Fortschritt sein kann. Die Initiativen, die auf die Säule folgten, nämlich die Richtlinien über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen und andere Maßnahmen wie die Einrichtung der Europäische Arbeitsbehörde, haben Impulse geschaffen, die aufrechterhalten werden müssen.

Beide Richtlinien werden echte und spürbare Verbesserungen im Leben der arbeitenden Bevölkerung bewirken, sobald sie in nationales Recht umgesetzt wurden.

Durch die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wird erwerbstätigen Eltern und pflegenden Angehörigen das Leben etwas erleichtert. Darin sind u. a. zehn Tage Vaterschaftsurlaub in der Zeit um die Geburt eines Kindes, der wie Krankheitsurlaub vergütet wird, fünf Tage Pflegeurlaub im Jahr (leider ohne verpflichtende Vergütung) sowie das Recht von Eltern und pflegenden Angehörigen vorgesehen, Anträge auf flexible Arbeitsregelungen zu stellen, die von den Arbeitnehmern beantwortet werden müssen und deren Ablehnung gegebenenfalls begründet werden muss. Zudem ist festgelegt, dass zwei der vier Monate des bestehenden Elternurlaubs nicht übertragen werden können. (Somit ist es nicht mehr möglich, dass ein Elternteil – üblicherweise die Mutter – acht Monate Elternurlaub nimmt. Der Vater muss mindestens zwei Monate Elternurlaub nehmen. Andernfalls gehen sie verloren.) Diese Bestimmungen sind noch nicht ideal, stellen aber definitiv einen Schritt in die richtige Richtung dar.

In der Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen werden wichtige Rechte vorgesehen (z. B. das Recht auf eine angemessene Vorankündigung über Arbeitsschichten oder das Recht auf Vergütung bei der kurzfristigen Stornierung von Arbeitsaufträgen) und äußerst ausbeuterische Praktiken eingeschränkt (z. B. dass Arbeitnehmer für die für ihre Arbeit nötigen Fortbildungen aufkommen müssen). Zudem wird die Dauer von Probezeiten auf sechs Monate beschränkt, und die Arbeitgeber dürfen die Arbeitnehmer künftig nicht mehr daran hindern, außerhalb des mit ihrem Arbeitgeber festgelegten Arbeitszeitplans eine Beschäftigung bei anderen Unternehmen aufzunehmen. Die Richtlinie geht allerdings noch nicht weit genug. So werden darin z. B. Null-Stunden-Verträge nicht verboten, und manche Arten von Arbeitnehmern werden nicht berücksichtigt. Dennoch bringt sie einige bedeutende Fortschritte für Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen mit sich.



Die Europäische Arbeitsbehörde wird zur Durchsetzung des Arbeitsrechts der EU beitragen und gegen Missbrauch im Zusammenhang mit der Mobilität der Arbeitskräfte, der sozialen Sicherheit und der Entsendung von Arbeitnehmern vorgehen.

Die Maßnahmen der EU müssen allerdings noch weit über diese ersten positiven Initiativen der Juncker-Kommission hinausgehen. Die europäische Säule sozialer Rechte muss vollständig umgesetzt werden. Die Grundsätze der Säule – z. B. die Gleichstellung der Geschlechter, eine gerechte Entlohnung, eine sichere und anpassungsfähige Beschäftigung, der soziale Dialog und Verhandlungen über Tarifverträge – müssen in wirklich jedem Mitgliedstaat in die Praxis umgesetzt werden.

Die neue Europäische Kommission und das Europäische Parlament müssen die von Jean-Claude Juncker begonnene Arbeit fortführen und im Rahmen der Gesetzgebung, der wirtschaftlichen und sozialen Semester der EU, des Unionshaushalts und anderer Initiativen den Weg für die Gewährleistung der sozialen Rechte weisen. Dabei muss die Umsetzung nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene erfolgen.

Für die Gewerkschaften muss die Stärkung von Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern über die Vergütung und die Arbeitsbedingungen an erster Stelle stehen. Dies ist nicht nur erforderlich, weil Tarifverhandlungen für den Lebensstandard der Arbeitnehmer entscheidend sind, sondern weil solche Verhandlungen seit der Krise in vielen Mitgliedstaaten abgebaut wurden, obwohl sie für das Erreichen vieler Ziele der Säule ausschlaggebend sind, darunter nicht nur für die gerechte Entlohnung, sondern auch für die Gleichstellung der Geschlechter, ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld und das Recht auf berufliche Bildung und lebenslanges Lernen.

Die Gewerkschaften werden sich während der neuen Amtszeit der EU-Organe auch in anderen Bereichen um Fortschritte bemühen: Dazu gehören verstärkte öffentliche und private Investitionen für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, ein sozial verträglicher und gerechter Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen und digitalen Wirtschaft, die Ausweitung der Rechte und des Schutzes von Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Selbstständigen, das Ziel, arbeitsbedingten Krebserkrankungen ein Ende zu setzen, und Initiativen zur Verringerung der Einkommensungleichheit, also der enormen Einkommensunterschiede in und zwischen den EU-Mitgliedstaaten, darunter das Einkommensgefälle zwischen Frauen und Männern und das Einkommensgefälle zwischen den östlichen und westlichen Mitgliedstaaten.

Die Bereitschaft der wichtigsten demokratischen Parteien, im Europäischen Parlament eine neue proeuropäische Allianz gegen extreme Nationalisten und Europagegner zu bilden, die – wenn man ehrlich ist – keine Lösungen für die Herausforderungen der heutigen Zeit bieten, ist ermutigend, doch es genügt nicht, dass derartige neue Bündnisse demokratisch sind: Sie müssen außerdem die soziale Gerechtigkeit und die Klimagerechtigkeit ganz oben auf Ihre Tagesordnung stellen.

**Luca Visentini**

Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB)

## „WE MAKE THE INVISIBLE VISIBLE“

Das ist das Credo von MAXIV [www.maxiv.se](http://www.maxiv.se) im schwedischen Lund, the world-leading Synchrotron light source.

Das Gelände ist weitläufig. Das Innere des MAXIV Labors wird von Technik beherrscht. Arbeitsplätze für 270 Mitarbeiter, zurzeit 140 verschiedene Nationalitäten, sind vorgesehen in 20 Gebäuden. Das Labor ist offen für mehr als 2000 Forscher, die an 25 Synchrotron Beamlines arbeiten. Das Ziel ist, die wirklich kleinste Struktur eines beliebigen Materials offenzulegen. Finanziert wird MAXIV von schwedischen, dänischen, norwegischen, finnischen und estnischen Firmen, Regionen, Universitäten u.ä. : Europäische Zusammenarbeit ist ein Erfolgsrezept!

In dem Leaflet heißt es weiter:

At Max IV scientists use intense and well-focused X-rays to examine molecular structures and surfaces in a far more detailed way than before. Researchers in areas such as biology, physics, chemistry, environment, geology, engineering and medicine can utilise this technology. However, the greater part of the research conducted at the facility is basic research, which seeks answers to the question how atoms and molecules form different materials and living organisms.

Gepaart mit MAXIV erkundigte die FP-AP Delegation auf demselben Gelände, dem IDEON Science Park, ESS, the European Spallation Source [www.ess.se](http://www.ess.se).

This is – according to the mentioned Leaflet – one of the largest science infrastructure projects being built in Europe today. Designed to generate neutron beams for science, ESS will benefit a broad range of research, from the science to engineering materials, from heritage conservation to magnetism.

Hier sind es ca. 500 Mitarbeiter und 1000 Unternehmen, die sich an der Forschung beteiligen, innerhalb und außerhalb der EU.

ESS interacts with the international research community in order to ensure the scientific breakthroughs of tomorrow, built by the scientists for the scientists, serving as a driver for all of Europe.

Der Tag zuvor war ausgefüllt mit dem FP-AP Seminar zum Thema „Climate Change – what can we do?“ mit einem herausragenden Expertenpodium, mit Markus Paulsson, Energy Strategist, City of Lund, mit Lars J Nilsson, Professor at Environmental and Energy System Studies, mit Fredrik NG Andersson, Associate Professor at the Department of Economics, und mit Roger Hildingsson, Researcher at the Department of Political Science, moderiert von Kimberly Nicholas, PhD, Associate Professor in Sustainability Science. Wir waren Gäste von Lund Kommun (city), vertreten durch Frederik Ljunghill, Municipal Councillor, und von der Lund University, deren Rektor Magnificus Torbjörn von Schantz uns willkommen hieß. Der forschende Geist Europas war überall gegenwärtig.

Die astronomische Uhr im romanischen Dom zu Lund und das Museum of Sketches rundeten den Aufenthalt ab, exzellent und allumfassend organisiert von Rune Ryden, unserem derzeitigen FP-AP Präsidenten – siehe auch seinen Seminar-Bericht - , mit unserem Sekretariat, dem 3köpfigen Team mit Krist Decannière, Lisette Hermans und Roland Roblain.

Die aktuelle politische Situation wurde insbesondere von Dr. Walter Schwimmer, ehemaliger Generalsekretär des Europarats, thematisiert.

Unser FMA Mitglied Jean-Pierre Audy brachte erfolgreich eine Deklaration ein zur Zukunft der Europäischen Union aufgrund der Europawahlen im Mai 2019. Er unterstreicht die gestiegene Wahlbeteiligung und dass der befürchtete Tsunami durch rechtsextreme Parteien ausgeblieben ist. Die Deklaration schließt mit den Worten: „Yes, the European elections of May 2019 are good news for the European Union, for peace, fraternity and prosperity for the European people!“

Das nächste Seminar findet im Oktober 2019 auf Sardinien statt zum Thema „History of Sardinian Exchanges with the Continent and Mediterranean Countries“. Auch hier gilt: „We make the invisible visible!“

***Brigitte Langenhagen***

## **WAS KÖNNEN WIR GEGEN DEN KLIMAWANDEL TUN?**

Im Jahr 2016 veranstaltete die FP-AP in Stockholm ein Seminar zum Thema globale Erwärmung. Daraufhin fand im Juni 2019 in der südschwedischen Stadt Lund eine Folgeveranstaltung statt, in der es ebenfalls um den Klimawandel ging und darum, was dagegen getan werden kann.

Im 19. Jahrhundert erkannten Wissenschaftler, dass Gase in der Atmosphäre einen „Treibhauseffekt“ verursachen könnten, der sich auf die Erdtemperatur auswirkt. Um die damalige Jahrhundertwende berechnete Svante Arrhenius in Schweden, dass die Emissionen aus der Industrie die Temperatur eines Tages um bis zu 3 °C erhöhen könnten.

Eiskernproben und andere Hinweise auf die klimatischen Verhältnisse in ferner Vergangenheit erlauben den Schluss, dass ein Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre mit einem weltweiten Temperaturanstieg einhergeht.

Durch das Handeln des Menschen – vor allem durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe, aber auch durch die Rodung von Landflächen – wurde die Konzentration von CO<sub>2</sub>, Methan und anderen wärmeabsorbierenden Gasen in der Atmosphäre erhöht. Seit dem Beginn der industriellen Revolution ist die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre um 50 % angestiegen und liegt heute erstmals seit einer Million Jahren über 400 ppm.

Aktuell werden rund 80 % des weltweiten Energieverbrauchs über die Verbrennung fossiler Brennstoffe gedeckt, und die dadurch entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen

rasant an. Da überschüssiges CO<sub>2</sub> jahrhundertlang in der Atmosphäre bleibt, würden bis zum Höchststand der Konzentration und dem erst danach einsetzenden Rückgang noch mehrere Jahrzehnte vergehen, selbst wenn sofort gezielte Maßnahmen zur Emissionsreduzierung ergriffen würden. Die Umkehr der Erwärmungstendenz ist ein langwieriger Prozess.

In der Arktis, wo sämtliche Erwärmungstendenzen aufgrund der Veränderungen in der lokalen Wärmeabsorption durch die Eisschmelze noch verstärkt werden, sind bereits Anzeichen einer schnellen Erwärmung zu beobachten. Aus einem Bericht geht hervor, dass das Meereis in den letzten 30 Jahren um 8 % pro Jahrzehnt zurückgegangen ist und die Temperatur in einigen Gebieten Nordalaskas und Sibiriens um 3 bis 4 °C angestiegen ist.

Was können wir auf kurze Sicht dagegen tun? Wissenschaftlern zufolge kann ein Land wie Schweden sein Ziel, das CO<sub>2</sub> bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 % zu senken, problemlos erreichen. Die tatsächlichen Werte liegen aber nur 18 % unter denen von 1990. Eine Senkung um 40 % ist im Rahmen der aktuellen Klimapolitik möglich. Drastische technologische Neuerungen oder Umstellungen der Energiesysteme sind dazu nicht nötig. Die Verringerung kann allein durch Effizienzverbesserungen und den Umstieg auf andere Energieträger erreicht werden. Denkbar sind zum Beispiel Fernwärmesysteme in Städten sowie die Nutzung von Bioenergie und Strom aus erneuerbaren Quellen wie Wind und Sonne.

Das derzeitige Wirtschaftssystem muss durch ein nachhaltigeres, wandlungsfähigeres System ergänzt werden. Bei der Herstellung von Stahl und Zement zum Beispiel werden große Mengen CO<sub>2</sub> freigesetzt.

Daher wird in der Forschung aktuell versucht, Stahl ohne den Einsatz von Kohle herzustellen. Wenn das gelingt, könnte im Vergleich zur herkömmlichen Stahlherstellung enorm viel CO<sub>2</sub> eingespart werden. Das gleiche gilt für die Zementherstellung, auch wenn die Einsparungen hier geringer wären.

Auf diese Arten können die CO<sub>2</sub>-Emissionen verringert werden. Auch im Bereich Verkehr müssen die besten technischen Innovationen genutzt werden. Visionen und Pläne für die Zukunft sind wichtig, um stärker auf den Übergang zu vollständiger Emissionsfreiheit aufmerksam zu machen. In 30 bis 50 Jahren werden sich die Normen in der Gesellschaft wandeln, und auch die Verhaltensweisen der Menschen werden sich ändern. Die Bereitschaft der Bevölkerung zu diesen Veränderungen ist wichtig für einen reibungslosen Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-freien Gesellschaft.

Doch wie können die Menschen in kleinen Ländern wie Dänemark davon überzeugt werden? Schließlich werden dort nur 0,1 % der weltweiten Verschmutzung und CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht. Technologien machen eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen möglich. Aber wie können die Menschen überzeugt werden? Das ist die große Frage. Ein weiteres wichtiges Thema ist das Bevölkerungswachstum. Dieses wird jedoch in einem anderen Seminar behandelt.

**Rune Rydén**  
Der Präsident  
FP-AP

## KANADA

Durch meine Teilnahme an der Jahrestagung der „Association of Former Parliamentarians of Canada“ (CAFP) bin ich nun noch mehr davon überzeugt, dass der Aufbau von Kooperationsbeziehungen mit anderen Organisationen, die ähnliche globale Ziele wie wir haben, zwecks Austauschs von Informationen, Erfahrungen, Ideen und Arbeitsweisen, zwecks Förderung von Innovationen und zwecks Verbesserung der Effektivität unseres Handelns, eine der besten Anstrengungen ist, die wir unternehmen können, damit unser Verein dynamisch bleibt und sich in der globalen Realität der Welt, in der wir leben, optimal weiterentwickelt.

Auch bin ich dadurch noch mehr davon überzeugt, dass Verbände wie die unseren eine wichtige Rolle bei der Schaffung einer besseren Welt spielen können. Das Wissen, die Führungsqualitäten, das Engagement und die Erfahrung der Mehrheit der ehemaligen Parlamentarier sind von großem Wert und sollten nicht vergeudet werden.

Ziel der CAFP (Vereinigung ehemaliger Parlamentarier Kanadas) ist es, die Demokratie in der Welt zu stärken. Einige ihrer Mitglieder, wie der ehemalige Vorsitzende der Vereinigung, Leo Duguay, sind echte Experten auf diesem Gebiet.

Bei den verschiedenen geplanten Veranstaltungen hatte ich Gelegenheit, ehemalige Abgeordnete und Senatoren verschiedener Fraktionen kennenzulernen und mit ihnen zu sprechen, und alle waren sich einig, dass ihre aktive Teilnahme an der Vereinigung ihrem Willen entspricht, weiterhin ihrem Land zu dienen.

Ich wurde großartig empfangen, und das Interesse an dem, was in der EU geschieht, war der gemeinsame Nenner. Sie fragten mich vor allem nach dem Ergebnis der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament, wie es mit dem Brexit weitergehen wird, nach den Beziehungen der EU zur Trump-Regierung und nach der Lage in Katalonien. Die derzeitige Vorsitzende der Vereinigung, Dorothy Dobbie, mit der ich bereits am Vorabend gemeinsam gegessen hatte, gab mir die Gelegenheit, in der Versammlung zu sprechen.

Die CAFP genießt starke institutionelle Unterstützung durch das Unterhaus und den Senat. Mit beiden Referenten sprachen wir über die derzeit wichtigsten Themen für das Land: die Probleme mit den USA bei der Ratifizierung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA), die Krise mit China nach der Festnahme von Meng Wanzhou, der Finanzdirektorin von Huawei und Tochter des Gründers des Konzerns, die beschuldigt wird, gegen die Iran-Sanktionen verstoßen zu haben, sowie die derzeitige Lage in Quebec.

Die Arktis und die indigenen Gemeinschaften waren ebenfalls Themen, die wir erörtert haben und die mich besonders interessierten. Kanada ist eines der fünf Länder, die Hoheitsrechte in der Arktis und das Recht auf Nutzung der Ressourcen dieser Region

haben und die größte Verantwortung für die Erhaltung des dortigen Ökosystems tragen. Die Arktis macht 40 % des kanadischen Territoriums aus und ist ein wesentlicher Bestandteil der kanadischen Identität. Dort leben 115 000 Menschen, von denen die meisten Ureinwohner sind, die aufgrund der Lebensbedingungen in der Region Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung sowie bei der Herstellung frischer Lebensmittel vor Ort haben. Darüber hinaus bieten die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis heute sowohl neue Herausforderungen als auch neue Chancen.

Die indigene Bevölkerung wächst viermal schneller als der Rest der Bevölkerung, und es ist ein starkes Wiederaufleben des Interesses an den indigenen Sprachen zu beobachten.

Es war ein überaus fruchtbarer Besuch, und obwohl einige ihrer Aktivitäten den unseren sehr ähnlich sind (Veröffentlichung ihrer Zeitschrift „Beyond the Hill“, Studienbesuche, Seminare, Konferenzen und regionale Treffen), habe ich all das mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, was auch in unserem Verein eingeführt bzw. umgesetzt werden könnte.

Abschließend möchte ich eines Kollegen und Freundes von mir gedenken, Senator Pierre Claude Nolin, mit dem mich viele Stunden der Zusammenarbeit in der Parlamentarischen Versammlung der NATO verbinden; er ist 2015 gestorben, als er Präsident des kanadischen Senats war. Wir waren uns alle einig, dass er ein phantastischer Mensch gewesen ist.

***Teresa Riera Madurell***

## ***DER BESUCH EHEMALIGER MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN BUKAREST***

Eine persönliche Begegnung zählt mehr als Tausende von Zeitungsartikeln. Deswegen hat der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments Bukarest im Rahmen des rumänischen EU-Ratsvorsitzes besucht.

Der Besuch ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bukarest erfolgte vor dem Hintergrund wichtiger politischer Ereignisse.

Mit einer Wahlbeteiligung von 51,07 % bei der Wahl zum Europäischen Parlament hat die rumänische Bevölkerung ihr Bekenntnis zur Europäischen Union bestätigt. Bei

dem vom Präsidenten Rumäniens Klaus W. Iohannis angeordneten Referendum beteiligten sich 83 % der Wähler; es hatte innenpolitische Nachwirkungen.

Beim Besuch des Nationalen Dorfmuseums Dimitrie Gusti, eines Freilichtmuseums für Völkerkunde, wurde uns das traditionelle rumänische Dorfleben auf beeindruckende Weise vorgestellt. Wir konnten die frühere Lebensweise in den verschiedenen Regionen Rumäniens kennenlernen.

Stephan Meuser, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien, führte uns in die kulturellen Besonderheiten und die politische Situation in Rumänien ein, wobei er besonderen Wert auf die Infrastruktur, den Niedriglohnbereich, die Korruption und die Ergebnisse der Wahl zum Europäische Parlament legte.

Remus Pricopie, Rektor der Nationalen Universität für politische Studien und öffentliche Verwaltung, bereitete uns im prestigeträchtigen Gebäude der Universität einen herzlichen Empfang. Wir führten einen lebhaften Austausch mit den Studierenden. Diese waren gut informiert und stellten zahlreiche Fragen zur Zukunft Europas und auch zum Konflikt über den Brexit.

Der Präsident der rumänischen Zentralbank, Mugur Isărescu, legte die Währungssituation dar und verwies auf den unabhängigen Status der Bank. Der Euro-Beitritt und die Wirtschaftsentwicklung in dem Land bildeten das Kernthema unserer Gespräche; Letztere wird durch das signifikante Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land beeinträchtigt. Nicușor Ruiu, Mitglied des Bankenausschusses, organisierte einen Besuch des Bankmuseums und eine Führung in dem prestigeträchtigen Gebäude.

Das Abendessen auf Einladung des rumänischen Parlaments wurde von vier hochqualifizierten Musikern des Philharmonischen Orchesters Paul Constantinescu begleitet. In dieser Atmosphäre konnten wir eine gewinnbringende Aussprache führen.

Am nachfolgenden Tag wurde die Sitzung mit der Delegation im Parlamentspalast von den Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des rumänischen Abgeordnetenhauses, Angel Tîlvăr und Rozália-Ibolya Biró, sowie von den Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des rumänischen Senats, Gabriela Crețu und Cristian Dumitrescu, geleitet.

Auch Ovidiu Gant, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments und derzeitiges Mitglied des rumänischen Abgeordnetenhauses, der die Minderheit Transsylvaniens

vertritt, nahm an der Sitzung teil. Bei den Gesprächen ging es um den Beitritt zum Schengen-Raum sowie um die besondere Situation des Landes bei Fragen der gemeinsamen Verteidigung.

Am Institut für Kernphysik in Măgurele, einem im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanzierten Projekt, stellten uns Forscher das Projekt ELI vor. Dabei handelt es sich um Forschung im Bereich des Photoeffekts in der Kernphysik, die zu der fortschrittlichsten weltweit gehört. Bei der Erforschung des ELI-Lasers und seiner Anwendung sowie der Grundlagenforschung über radioaktive Abfälle sind 250 Wissenschaftler beteiligt, die in einem ausgedehnten Areal tätig sind, dessen bauliche Besonderheiten Bewunderung hervorrufen. Der technische Direktor des Instituts, Dr. Calin Alexandru Ur, wies darauf hin, dass es zu wenig Forscher in der Kernphysik gebe, und stellte sein Programm für internationale Anwerbung vor.

Die Kultur, die Politik und die unterschiedlichen Begegnungen mit Rumänen haben verdeutlicht, wie wichtig solche Besuche des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments in anderen Ländern sind.

***Brigitte Langenhagen***  
***Erna Hennicot-Schoepges***

## ***EUROPÄISCHE UNSICHERHEIT***

Im Rahmen des sehr interessanten und gut organisierten Besuchs unseres Vereins in Rumänien vom 2.–4. Juni 2019 trafen wir uns mit Professoren und Studenten der Nationalen Universität für politische Studien und öffentliche Verwaltung. Bei der aufgekommenen Diskussion erkundigte sich ein Teilnehmer aus dem Umkreis der Universität nach der Ursache der Spaltung und politischen Instabilität, die bei den Ergebnissen der wenige Tage zuvor abgehaltenen Europawahl offengelegt wurden.

Als ich die Frage vernahm, notierte ich mir das Wort „Unsicherheit“. Ich denke, dass das Aufkommen und die Etablierung politischer Vorschläge im extrem linken und extrem rechten Spektrum, die sich im Zuge der Ergebnisse der Europawahl zeigten, auf ein Gefühl der Unsicherheit zurückzuführen sind. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Union stellt in den Augen einiger Wähler nicht länger eine Garantie für Stabilität und individuellen und kollektiven Fortschritt dar, wie dies früher der Fall zu sein schien.

Eine der größten, wenn nicht sogar die größte Errungenschaft der heutigen Union ist der Wohlfahrtsstaat: In diesem Modell wird die umfassendste und großzügigste Sozialhilfe im Vergleich zu den großen entwickelten Regionen der Welt bereitgestellt.



In Westeuropa, das sich aus der Asche des Zweiten Weltkriegs erhob, wurden Gesellschaften begründet, deren soziale Absicherungen den Bürgern in diesen Ländern ein sehr hohes Maß an Sicherheit boten. Der Wohlfahrtsstaat war und ist die große Errungenschaft unserer Gesellschaften und Gütezeichen der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Diese Sicherheit kam im Zuge der schweren Rezession abhanden. Die quantitativen Einschränkungen bei der Sozialhilfe waren nicht zu übersehen. Aufgrund des in vielen Mitgliedstaaten erreichten Schuldenstands kann sie nicht erhöht werden. Die Maßnahmen zur Einhaltung bzw. Wiedereinhaltung des Staatsdefizits im Euro-Währungsgebiet erzwangen und erzwingen eine restriktive Finanzpolitik. In deren Windschatten muss den von einem Großteil der Gesellschaft vorgebrachten Forderungen nach einer diesbezüglichen Verbesserung eine Absage erteilt werden, wobei auch die wachsenden Ungleichheiten in der Gesellschaft anprangert werden. Die Unsicherheit bei den Renten, prekäre Arbeitsverhältnisse und ein niedriges Lohnniveau hindern junge Menschen daran, erschwierlichen Wohnraum zu suchen und für die Zukunft zu planen, wodurch sie ihrem Leben Stabilität geben und Familien gründen könnten.

Sicherlich haben wir die schwere Rezession überwunden; die Indikatoren für Wirtschaftswachstum lassen weiterhin auf eine Erholung schließen, allerdings

reicht dies weder aus, um einen übermäßigen Schuldenstand abzubauen, noch um die Lage der Mittelschicht, die die Stabilität der Gesellschaften sichert, oder gar die Situation von jungen Menschen zu verbessern, die in vielen Mitgliedstaaten die höchsten Arbeitslosenquoten aufweisen.

In vielen Schichten der europäischen Gesellschaften haben sich Unsicherheit und mangelnde Fortschrittsaussichten endgültig festgesetzt. Aus allen Meinungsumfragen geht hervor, dass es erstmals eine Generation gibt, die annimmt, dass es der nächsten Generation schlechter ergehen wird. Meiner Ansicht nach untergrub und untergräbt diese Unsicherheit über die Zukunft, die es vor der schweren Rezession nicht gegeben hatte, die Grundlagen des sozialen Konsenses hinsichtlich der Akzeptanz der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Diese Unsicherheit befördert auch extrem linke und extrem rechte Kräfte, wie wir dies auch bei dem Besuch in Rumänien kurze Zeit nach der Europawahl analysiert haben.

***Carles A. Gasòliba i Böhm***

### ***EIN BESUCH AN DER ÖSTLICHSTEN UNIVERSITÄT DER EU***

Die Alexandru-loan-Cuza-Universität in Iași ist nicht nur die östlichste der EU, sondern auch die älteste in Rumänien. Sie wurde 1860 gegründet und viele der Gebäude stammen aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg (als Rumänien reich war und sich Repräsentation leisten konnte). Die 26 000 heute hier studierenden jungen Menschen haben ein ganz besonderes Ambiente: Die Universität verfügt nicht nur über viele

Wohnheime, Restaurants, Parks, Bibliotheken, auch Straßen-Antiquariate (neben einer großen IT-Fakultät wird hier auch noch ganz traditionell gelesen) und einen prächtigen Botanischen Garten, sondern auch über ein eigenes Hotel für befreundete Wissenschaftler die zu Besuch kommen. Die Universität pflegt regen internationalen Austausch und ermutigt ihre Studenten, sich am Erasmus-Programm zu beteiligen – die Professoren sagen, insgesamt hätten seit Anfang bereits 8 000 daran teilgenommen.

Das 2-tägige Campus-Seminar wurde von der Fakultät für Wirtschaft und „Business-Administration“ im Rahmen der Europa-Woche der Universität organisiert und von den Professoren Irina Bilan und Marius Apostoae koordiniert. Insgesamt nahmen daran fast 100 Studentinnen und Studenten teil. Das generelle Thema des Seminars war die Europäische Währungsunion. Mein Vortrag befasste sich mit der Geschichte der gemeinsamen Währung, die als einziges sehr konkretes Projekt im Dreiklang von Währungs-, Wirtschafts- und politischer Union mit dem Maastricht-Vertrag begründet wurde. Von besonderem Interesse für die Studenten waren die finanzpolitischen Regulierungen, die während und nach der Finanzkrise eingeführt wurden um die gemeinsame Währung zu stabilisieren. Durchaus kritisch angemerkt wurde, dass diese Regulierungen immer noch sehr schwach sind und die internationale finanzpolitische Situation insbesondere durch das massive Anwachsen der Schattenbanken weiterhin krisenhaft ist. Neben dem starken – und sachkundigen – Interesse an der Währungsunion gab es ein zweites Interesse: Europäische Demokratie, denn schließlich stand die Europa-Wahl vor der Tür. Was ist das Besondere an europäischer Demokratie? Dass das Europäische Parlament heute viel Macht hat – dass dies aber Mitentscheidungsrechte sind und dass der Ministerrat immer noch die größte Macht besitzt? Oder dass sich die Entscheidungsfindung – auch im Parlament – immer zwischen Kompromissen bewegen muss? Und wie lange war der Weg dieses Parlamentes bis es überhaupt zu Direktwahlen kam und wie heftig und lange dauerten die Auseinandersetzungen bis es die heutige Gestalt gewann – und diese Auseinandersetzungen sind ja noch lange nicht zu Ende. Die sehr lebendige Diskussion mündete in dem Versuch die Studentinnen und Studenten davon zu überzeugen, dass die Unfertigkeit der Konstruktion der EU, also die Tatsache, dass dieses Europa immer eine Baustelle war und auch heute noch ist gerade den Reiz ausmacht, sich intensiv damit zu befassen.

***Birgit Daiber***

## ***VISIT TO IZMIR***

Es ist nahezu unmöglich, nicht von Izmir beeindruckt zu sein. Der Name der im Westen der Türkei an der Küste der Ägäis gelegenen Stadt leitet sich von der Amazonenkönigin Smyrna ab. Heute ist Izmir die drittgrößte Stadt der Türkei nach Istanbul und der Hauptstadt Ankara.

Sie ist ein junger und dynamischer Ort (fast die Hälfte ihrer vier Millionen Einwohner ist unter 30 Jahre alt) und besitzt ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrssystem, zu dem ein sich rasch entwickelndes U-Bahn-Netz mit 18 Stationen

gehört. In der Vergangenheit war Izmir die Heimat vieler verschiedener Kulturen und Religionen, von den Persern und Griechen bis zu den Römern und Osmanen. Heute ist sie auch die Heimat der Izmir University of Economics (İzmir Ekonomi Üniversitesi), die ich im Mai im Namen der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments besuchen durfte. Professor Dr. Alexander Bürgin hatte mich eingeladen, mit seinen Studenten über Themen zu sprechen, die von der EU-Außenpolitik über die Türkei bis zur Zukunft Europas nach dem Brexit reichten.

Die Universität von Izmir hat etwa 8 000 Studenten und ist teilweise im Gebäude eines ehemaligen Luxushotels untergebracht! Viele Lehrveranstaltungen der Hochschule finden auf Englisch statt, und nahezu alle Studenten, mit denen ich zusammentraf, beherrschten die Sprache fließend. Die Universität hat Erasmus Plus-Vereinbarungen mit etwa 168 Hochschulen in 26 Ländern geschlossen, hinzu kommen Protokolle über die akademische Zusammenarbeit mit weiteren 41 Hochschulen.

Meine Gespräche mit den Doktoranden von Professor Bürgin drehten sich um das Regieren und die Verfahren der EU. Wir diskutierten über die Vorbereitungen für die Wahlen im Jahr 2019 und die Frage, wie die EU eine größere Bürgernähe erreichen könnte. Interessanterweise wurde dabei festgestellt, dass vielen Umfragen zufolge die Politikgestaltung der EU den Erwartungen ihrer Bürger stärker gerecht wird als die vieler nationaler Regierungen.

Mein Aufenthalt in der Türkei fiel mit der umstrittenen Entscheidung des Obersten Wahlrats zusammen, die jüngsten Bürgermeisterwahlen in Istanbul wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten wiederholen zu lassen. Dennoch äußerte ich mich in den Gesprächen mit den MSc-Studenten optimistisch über die künftigen Beziehungen der Türkei zur EU. Die Türkei – und Istanbul und Izmir zweifellos – scheinen wirtschaftlich genauso fortschrittlich und europäisch zu sein wie viele andere Städte in der EU. Es gibt zwar einige ernsthafte Probleme, die angegangen werden müssen, doch wäre es töricht, wenn wir in dieser äußerst schwierigen Zeit die Türen für einen Beitritt der Türkei schließen würden.

Im Mittelpunkt meiner Gespräche mit Studierenden des Studiengangs Europäische Studien stand zwangsläufig auch der Brexit. Die unbedachte Entscheidung des ehemaligen Premierministers David Cameron, ein Referendum in der Hoffnung auf eine Einigung seiner Konservativen Partei einzuberufen, hat sich als spektakulärer Fehlschlag erwiesen. Die britischen Konservativen sind gespaltener denn je, die oppositionelle Labour Party (meine eigene Partei) ist gelinde gesagt verwirrt und durch das Land geht ein tiefer Riss.

Wie das Vereinigte Königreich seine Beziehungen zur EU erfolgreich weiterentwickeln wird, ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts völlig offen. Lügen die Entscheidungen in den Händen der gut unterrichteten jungen Menschen an der Universität Izmir, könnten wir möglicherweise Fortschritte erzielen und vernünftigeren Vereinbarungen schließen!

Und so ging mein Besuch in Izmir viel zu rasch zu Ende und ich reiste wieder nach Hause zurück, den Kopf voller positiver Bilder und Erinnerungen.

**Robert Evans**

## **AUF DEM WEG ZU DEN EUROPAWAHLEN IM MAI 2019**

Ich wurde eingeladen, vom 6.-7. Mai an der Universität Tor Vegata in Rom an einer Konferenz teilzunehmen. Dort waren etwa 120 Doktoranden der Universität versammelt, um an einer Konferenz über die Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen, die kurz zuvor stattgefunden hatten.

Es gab eine breite Palette von sehr spannenden Vorträgen über die Entwicklung des Europäischen Parlaments – von einer Europäischen Parlamentarischen Versammlung mit Vertretern aus den sechs ursprünglichen EG-Ländern hin zu einem direkt gewählten Europäischen Parlament mit 751 Mitgliedern, das einen tief greifenden Einfluss auf praktisch alle Bereiche der EU-Gesetzgebungstätigkeit hat.

Die Konferenz wurde gemeinsam von der Universität Tor Vegata und AUSE (Associazione Universitaria di Studi Europei) organisiert. Ferner wurde sie im Rahmen des Programms Erasmus+ der Europäischen Union sowie von der European Parliament Former Members Association (Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments) gefördert.

Den Vorsitz der Konferenz übernahmen die AUSE-Vorsitzende Daniela Felisini von der Universität Tor Vegata in Rom und Francesco Velo, AUSE-Generalsekretär von der Universität Pavia.

Sie sind gemeinsam auf dem beigefügten Bild zu sehen.

In meiner Rede bin ich auf die besondere Stellung des Europäischen Parlaments als länderübergreifendes Parlament eingegangen.

- Es ist das weltweit weitreichendste Experiment der länderübergreifenden Demokratie.
- Es ist zwingend erforderlich, dass das Parlament an drei verschiedenen Standorten agiert, anstatt nur einen einzigen Sitz zu haben.
- Das Parlament ist mehrsprachig – und zwar bis zu einem nie zuvor da gewesenen Grad.
- Wie beim US-Kongress kann keine Regierung direkt aus einer Mehrheit im Parlament hervortreten – ein Unterschied zu nationalen Parlamenten.
- Seine Mitglieder werden aus einer festgelegten Anzahl nationaler politischer Parteien gewählt.

In meinem Vortrag ging ich auf die Entwicklung der Befugnisse des Europäischen Parlaments und seines Einflusses ein, und zwar ausgehend von der Parlamentarischen Versammlung mit 142 indirekt gewählten Mitgliedern im Jahr 1958 über die ersten Direktwahlen im Jahr 1979 bis hin zu den jüngsten Wahlen vom 23.-26. Mai 2019. Darüber hinaus wurde darüber diskutiert, wie sich das Europäische Parlament im Laufe der Jahre erfolgreich von einem Parlament mit begrenztem politischem Gewicht bis zum heutigen Tag entwickelt hat, an dem die EU einen entscheidenden Einfluss auf zahlreiche Politikbereiche hat. Die Entwicklung ausgehend von einer Zeit, in der das Parlament nur angehört werden musste, bis heute, wo sämtliche EU-Rechtsvorschriften die Zustimmung des Europäischen Parlaments erfordern, fand in nur 40 Jahren statt.

Es ist genau 40 Jahre her, dass die ersten Direktwahlen stattfanden und dass Jean Monnet starb. Aus diesem Grund muss einmal mehr hervorgehoben werden, wie beeindruckend es ist, dass das Europäische Parlament heutzutage eine der zwei legislativen Kammern der Europäischen Union ist.

Die Diskussion war sehr lebhaft und gut organisiert.

Ich danke der Universität Tor Vegata in Rom und der Associazione Universitaria di Studi Europei (AUSE) für die Einladung, die European Parliament Former Members Association vertreten zu dürfen.

***John Iversen***

## **LUISS SUMMER SCHOOL**

Zum Abschluss der achten Ausgabe der LUISS Summer School „Parlamentarische Demokratie in Europa“, die dem Thema „Parlamentswahlen und demokratische Verantwortlichkeit im Zeitalter des Populismus“ gewidmet war, fand am 19. Juli an der Universität LUISS Guido Carli in Rom eine Konferenz zum Thema „Euroskepsis und das ‚neue‘ Europäische Parlament: Was passiert nach der Wahl 2019?“ statt.

Das Treffen stieß bei den Teilnehmern auf reges Interesse, unter anderem dank der kompetenten Redner wie Enrique Barón Crespo, Präsident des VEM, Nicola Lupo, Professor an der LUISS, und Jan Wouters, Professor an der KU Leuven. Cristina Fasone, Direktorin des im Rahmen eines Jean-Monnet-Moduls organisierten und vom VEM unterstützten Programms, hat die Themen vorgestellt. Dazu zählten unter anderem die Herausforderungen, denen sich das nächste Europäische Parlament

stellen muss, die künftige Rolle euroskeptischer Gruppierungen in Europa, der Einfluss der euroskeptischen MdEP im Legislativverfahren und die interinstitutionellen Beziehungen nach dem Brexit sowie mögliche Chancen, die von Euroskeptikern und Souveränisten genutzt werden könnten.

Bei der Vorstellung seiner positiven Vision von Europa erinnerte Präsident Enrique Barón Crespo daran, dass die Wahlbeteiligung der Bürger bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament hoch war (+ 10 %), obwohl völlig unterschiedliche Wahlsysteme verwendet wurden, sowie daran, dass der Euro nicht infrage gestellt wurde, dass allerdings der Wunsch geäußert wurde, die Grenzen zu verstärken; dabei werden die Werte und Grundsätze des Vertrags von Lissabon zugrunde gelegt, der jedoch in der Praxis dem „Fiskalpakt“ untergeordnet ist. Enrique Barón Crespo erklärte weiter: „Die künftigen Herausforderungen sind: Zusammenarbeit, Einwanderung, Haushalt, Außenpolitik, Verteidigung und Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Klimawandel (mit über einen „Green Deal“ zu regelndem Ausgleich) und Handelsabkommen wie das kürzlich geschlossene Abkommen EU-Mercosur. Die wahre Revolution wird jedoch darin bestehen, eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu erreichen, wie die neu ernannte Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen erklärt hat. Außerdem ist das Verfahren der Mitentscheidung zwischen den Organen in einem zunehmend politisierten Europäischen Parlament von entscheidender Bedeutung, in dem unangebrachte Anträge auf geheime Abstimmung gestellt werden und die Briten offenbar nicht die Absicht haben, auszutreten, und auch bei der Wahl der Vorstände in den Ausschüssen weiterhin eine entscheidende Rolle spielen.“

Alle Redner hoben die Absicht der Euroskeptiker hervor, jegliche Form der Integration zu behindern, indem sie das Tempo der Reformen und der Entscheidungen verlangsamen, und gingen auf die Bildung wechselnder Mehrheiten in Abhängigkeit von der im Parlament behandelten Tagesordnung in der Wahlperiode 2019–2024 ein, die alles andere als eintönig sein wird.

Im Anschluss an die Konferenz haben wir an der Hauptversammlung des Centro di Studi sul Parlamento (Zentrum für parlamentarische Studien, LUISS CESP) unter dem Vorsitz von Andrea Manzella teilgenommen, der in seiner Rede auf das Phänomen des Populismus auf der Grundlage einer Politik der Emotionen einging, bei dem Prognosen nicht möglich sind. Er vertritt – wie er in seinem vor kurzem gemeinsam mit Nicola Lupo verfassten Buch „Il Parlamento europeo, una introduzione“ (Das Europäische Parlament, eine Einführung) analysiert – die Ansicht, dass eine souveränistische Präsenz „nützlich, ja gar unverzichtbar“ sei, sofern sie „ein interner Widerstand gegen das System“ bleibe, sofern sie also eine Minderheit sei, die für Impulse sorgen könne, und nicht eine eurofeindliche Kraft mit solchen Dimensionen, dass sie die europäische Integration blockieren könne. Daher müssten die gemeinsamen Maßnahmen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente verstärkt werden, um eine parlamentarische Zusammenarbeit, wie sie in den Verträgen der Europäischen Union dargelegt ist, zu verwirklichen, in deren

Rahmen den Souveränisten der Status der Opposition in einem internen europäischen Raum zuerkannt wird. Eine Einschätzung, die auch Marta Dassù, Direktorin von Aspenia, teilt. Sie sieht es als wesentlich an, die Regelungen zu ändern, um starre politische Positionen mit unnötigen Streitigkeiten zu vermeiden, und dem Europäischen Parlament ein Recht der Legislativinitiative zu verleihen, wodurch die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik gestärkt würde, die auf Wirtschaft und Sicherheit basieren sollte, und das Vertrauen in die Mitgliedstaaten wiederhergestellt würde. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass auch der Hohe Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik eine entscheidende Rolle spielen wird.

***Monica Baldi***